

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste,

im Namen des Kreisverbands Ludwigsburg darf ich Sie bzw. Euch heute ganz herzlich zu unserem Neujahrsempfang begrüßen.

Für alle, die mich noch nicht kennen, möchte ich mich kurz vorstellen:

Mein Name ist Susanne Lutz, ich bin Sprecherin des Kreisverbands Ludwigsburg, gemeinsam mit Konrad Ott, der später noch einige Worte sagen wird

Ich freue mich diesen Neujahrsempfang eröffnen zu dürfen und wünsche im Namen des Kreisverbands ein gesundes, glückliches, aber vor allem auch ein friedliches Jahr 2020

Leider hat dieses Jahr nicht gerade friedlich angefangen. Die Ermordung des iranischen Generals Soleimani während einer Friedensmission war eine völkerrechtswidrige Hinrichtung, an der auch die deutsche Bundesregierung beteiligt war.

Ohne deutsche Unterstützung wäre das nicht möglich gewesen, denn diese Kampfdrohnen werden über die US-Militärbasis Ramstein koordiniert und diese Drohnen töten nicht nur unliebsame Diktatoren und Generäle, sie töten hauptsächlich Zivilisten.

Für jeden gejagten Terroristen sterben im Schnitt 28 Zivilisten, darunter auch unschuldige Kinder. Das geht aus einem Report der Menschenrechtsorganisation Reprieve hervor.

Die Bundesregierung wäre laut Verfassung verpflichtet Maßnahmen zu ergreifen, um über Ramstein koordinierte völkerrechtswidrige Attacken zu unterbinden. Stattdessen ruft die Bundesregierung zur Besonnenheit auf.

Der blanke Hohn, liebe Genossinnen und Genossen!

Woher nimmt sich diese Regierung das Recht, entgegen aller rechtsstaatlichen Grundsätze Menschen mittels Knopfdruck zu töten? Deutschlands Sicherheit wird weder am Hindukusch noch im Iran verteidigt und es ist verlogen zu argumentieren, wir würden damit etwas zum Weltfrieden oder der Demokratie beitragen.

Das Gegenteil ist der Fall!

Zeitgleich wird in England Julian Assange, der Gründer von Wikileaks, wegen Aufdeckung von Kriegsverbrechen trotz seines kritischen Gesundheitszustands bis zu seiner drohenden Auslieferung in die USA im Gefängnis in Belmarsh gefangen gehalten. Ohne Aussicht auf einen fairen Prozess!

Hier wird an einem Menschen, der nachweislich nichts anderes als die Wahrheit ans Tageslicht brachte, ein Exempel statuiert.

Mit der Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit stehen dabei nicht weniger als die Grundpfeiler unserer Demokratie auf dem Spiel und was macht diese Bundesregierung?

Sie gibt zu, dass sie Berichte der UNO über Folter nicht liest, wenn sie ihr nicht gefallen. Eine offene Missachtung der UNO-Konvention!

Welche Werte sollen das sein, die diese Regierung verteidigt und wem zum Vorteil?

Das ist pure Heuchelei, liebe Genossinnen und Genossen!

Der französische Dramatiker Molière soll einmal gesagt haben:

„Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.“

Wir als LINKE werden uns nicht damit abfinden, dass Menschenrechte und rechtsstaatliche Grundsätze mit Füßen getreten werden.

Wir wollen unseren Beitrag zum Weltfrieden leisten und fordern die umgehende Schließung der Airbase Ramstein und den sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete

Und wir fordern politisches Asyl für Julian Assange und besseren Schutz für Whistleblower!

Auch die Aberkennung der Gemeinnützigkeit zahlreicher Non-Profit-Organisationen wie attac, Campact oder dem DemoZ in Ludwigsburg ist de facto ein Eingriff in die Meinungsfreiheit.

Ob nun das Einfordern bestehender Gesetze, Transparenz politischer Entscheidungen, Steuergerechtigkeit oder die Mobilmachung gegen Rechtspopulismus und Rassismus

Künftig werden sich zivilgesellschaftliche Organisationen gut überlegen müssen, zu welchen politischen Themen sie sich äußern

Das ist ein Maulkorb für die politische Meinungsbildung und demokratisches Engagement!

Die Machtverhältnisse werden stabilisiert, damit sich soziale Bewegungen nicht zu einer kritischen Masse formen und politisch wirksam werden können.

Divide et impera! Teile und herrsche!

Ein bewährtes Mittel, um den Machterhalt zu sichern.

Am 28. Februar findet im Brückenhaus eine Solidaritätsveranstaltung für das Demoz statt

und jeden Mittwoch ab 18.00 Uhr bis zum Abschiebungsprozess im Februar eine Mahnwache für Julian Assange an der Oberen Marktstraße/Ecke Eis Olivier in Ludwigsburg

Darauf weisen wir gerne hin

Es liegt ein turbulentes Jahr hinter uns, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir haben zusammen gewonnen und verloren, gestritten und uns vertragen, ausgeteilt und eingesteckt.

Bei den Kommunalwahlen konnten wir zwar Wählerstimmen dazugewinnen und unsere Mandate halten, aber es gab und gibt auch eine klare Rechtsentwicklung die uns nicht zufrieden stimmen kann

Im Sommer haben wir den Kreisvorstand neu aufgestellt, konnten junge und engagierte Genossinnen und Genossen dazugewinnen und ich freue mich,

dass ich als erste und hoffentlich nicht letzte Sprecherin des Kreisverbands Ludwigsburg heute die Begrüßungsrede halten darf.

In diesem Jahr wird der Grundstein gelegt für die Wahlen im nächsten Jahr. Im Frühjahr die Landtagswahl, bei der wir endlich in den Landtag einziehen wollen und im Herbst die Bundestagswahl. Mit der Neustrukturierung des Kreisverbands und der Erweiterung unserer Bündnisarbeit haben wir dazu einen ersten Beitrag geleistet.

Es liegen große Herausforderungen vor uns.

- Die Umweltzerstörung und der Klimawandel,
- der Kampf um Ressourcen und die wachsende Kriegsgefahr,
- die drohende Wirtschaftskrise am Ende eines Aufschwungs,
- die Digitalisierung von Arbeitsplätzen
- und die zunehmende Spaltung und Polarisierung in der Gesellschaft

Dafür gilt es gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Es wird auch nicht ausbleiben, dass dabei verschiedene Lösungswege und Meinungen vertreten werden. Das ist gelebte Demokratie und muss eine demokratische Partei aushalten.

Unser Ziel aber ist dasselbe, deshalb lassen uns nicht spalten!

Wir werden zusammenstehen und gemeinsam für eine friedlichere, sozialere und gerechtere Zukunft streiten.

Die Wahlergebnisse im vergangenen Jahr bilden auch die tiefe Spaltung in unserer Gesellschaft ab.

Eine Spaltung zwischen West und Ost, Stadt und Land, Gewinnern und Verlierern

Seit Rettung des Banken- und Finanzsystems fließt viel Geld in die Finanzmärkte. Dieses Geld flutet den Wohnungsmarkt und treibt die Preise nach oben.

Investoren, oft auch aus dem Ausland, wetten auf Preissteigerungen. Der angespannte Wohnungsmarkt sorgt dafür, dass es viele Wohnungen gibt für Menschen, die viel Geld haben, aber kaum mehr Wohnungen für Menschen mit mittleren oder kleineren Einkommen.

Der freie Markt regelt es eben nicht!

Wohnen ist kein Luxus auf den man verzichten kann wie z.B. auf die nächste Urlaubsreise.

Die Mieten in den Großstädten werden für viele Menschen unbezahlbar und steigen dadurch auch im Umland. Auch in und um Stuttgart.

Im letzten Jahr fand sich bei einer Mitspiegel-Auswertung von 35 Städten erstmals neben Stuttgart auch Ditzingen und Ludwigsburg in den Top Ten.

Ein drängendes Problem das uns veranlasst hat, „Bezahlbares Wohnen für alle“ zum Thema des diesjährigen Neujahrsempfangs zu machen.

Wir freuen uns dazu heute Caren Lay, MdB und Mietenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, zu diesem Thema begrüßen zu dürfen

(Es gilt das gesprochene Wort)

Susanne Lutz, Sprecherin DIE LINKE. Kreisverband Ludwigsburg

Zum Neujahrsempfang am 18. Januar 2020